

Ihre Gesprächspartner:

Dr. Johann Kalliauer

LAbg. Johann Hingsamer

Bgm. MMag. Klaus Luger

Präsident der AK Oberösterreich

Präsident des öö. Gemeindebundes

Vorsitzender des öö. Städtebundes

ISW-Bürgermeisterbefragung:

Städte und Gemeinden brauchen dringend mehr Geld:

AK fordert weiteres kommunales Investitionspaket!

Online-Pressekonferenz
am Montag, 31. Mai 2021, 11 Uhr

Die Corona-Krise hat viele Gemeinden in ein Dilemma gebracht – das belegt eine vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) durchgeführte Studie: Einerseits sind Investitionen in eine moderne, soziale und klimagerechte Infrastruktur dringend nötig. Andererseits wird der finanzielle Handlungsspielraum durch die Folgen der Krise stark beschnitten. Das „Rettungspaket“ der Bundesregierung für die Gemeinden (Kommunales Investitionsgesetz 2020) kann nur ein erster Schritt in Richtung einer Investitionsoffensive sein. Weitere Schritte müssen folgen.

Gemeinden und Städte sind zentraler Bestandteil der österreichischen Demokratie und haben eine eminente volkswirtschaftliche wie gesellschaftliche Bedeutung – von der Kinderbetreuung über die Altenpflege bis hin zur Gestaltung und zum Erhalt des Wege- und Straßennetzes. Als sichere Arbeitgeber spielen sie – insbesondere in Krisenzeiten – eine wichtige Rolle für den regionalen Arbeitsmarkt.

Das ISW befragte zwischen Februar und Mitte März 2021 die oberösterreichischen Bürgermeister/-innen über das Investitions- und Beschäftigungspotenzial. Etwa ein Fünftel von ihnen beteiligte sich an der Online-Erhebung, mit drei Bürgermeistern/-innen wurden qualitative Interviews geführt. Die Stichprobe der Studie repräsentiert die Struktur der oberösterreichischen Gemeinden gut, wenngleich kleine Gemeinden mit weniger als 1.500 Einwohnern/-innen etwas unterrepräsentiert sind.

VERGLEICH ZWISCHEN STICHPROBE UND GRUNDGESAMTHEIT NACH GEMEINDEGRÖSSE (IN PROZENT)

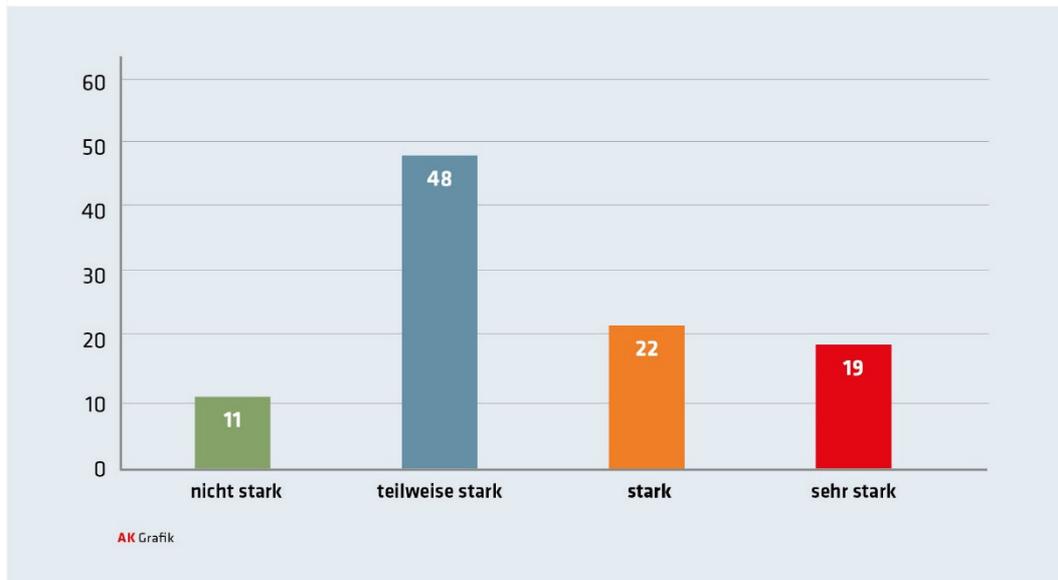
Bevölkerungszahl	Stichprobe (n=90)	Grundgesamtheit (N=438)
bis 1.500	25	37
>1.500 bis 2.500	28	28
>2.500 bis 5.000	31	24
>5.000	16	12
	100	100

AK Grafik

Finanzielle Situation vieler Gemeinden angespannt

Die Corona-Krise wirkt sich stark auf die Gemeindefinanzen aus. 41 Prozent der befragten Bürgermeister/-innen beklagen starke oder sehr starke Auswirkungen auf die finanzielle Situation der Gemeinde, weitere 48 Prozent sehen teilweise starke Auswirkungen. Nur ein Zehntel muss keine oder kaum finanzielle Einbußen verkraften.

AUSWIRKUNGEN DER CORONA-KRISE AUF DIE GEMEINDEFINANZEN (IN PROZENT)



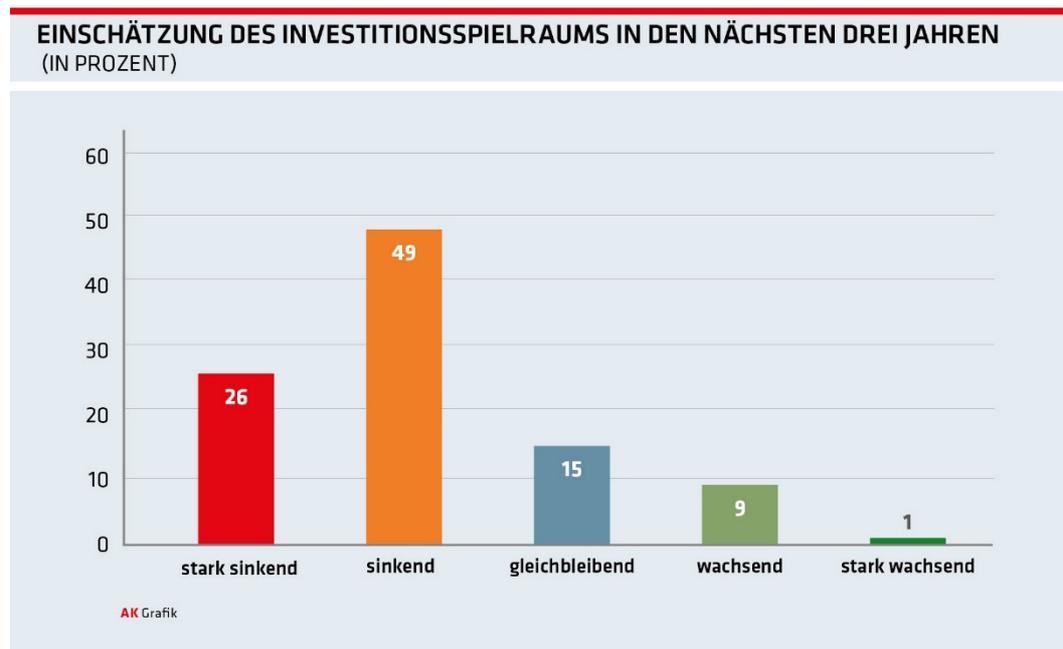
Die finanziell prekäre Lage der Kommunen ergibt sich vor allem aus Rückgängen bei drei Finanzierungskomponenten:

- Deutlich zurückgegangen sind die Zuflüsse an Steuermitteln durch den Bund. 62 Prozent der Befragten sprechen von einem Rückgang der Ertragsanteile im Finanzjahr 2020 von elf bis 20 Prozent, 16 Prozent sogar von mehr als 20 Prozent.
- Ein Viertel der Bürgermeister/-innen beklagt einen Rückgang der Kommunalsteuer, die von den Gemeinden selbst eingehoben wird, um mindestens elf Prozent. Weitere 29 Prozent sprechen von einem Rückgang zwischen sechs und zehn Prozent. Auf der anderen Seite hat knapp die Hälfte der befragten Bürgermeister/-innen gar keinen oder einen sehr geringen Ausfall bei der Kommunalsteuer zu beklagen. Als lohnabhängige Unternehmenssteuer verstärkt diese in der Krise die finanzielle Ungleichheit zwischen den Gemeinden.
- Auch bei den sonstigen laufenden Einnahmen durch Elternbeiträge, Mieten oder Marktgebühren müssen viele Gemeinden Rückgänge hinnehmen. In 44 Prozent der Gemeinden lagen diese im Jahr 2020 bei mindestens sechs Prozent.

Kommunale Investitionspakete sind wirksam

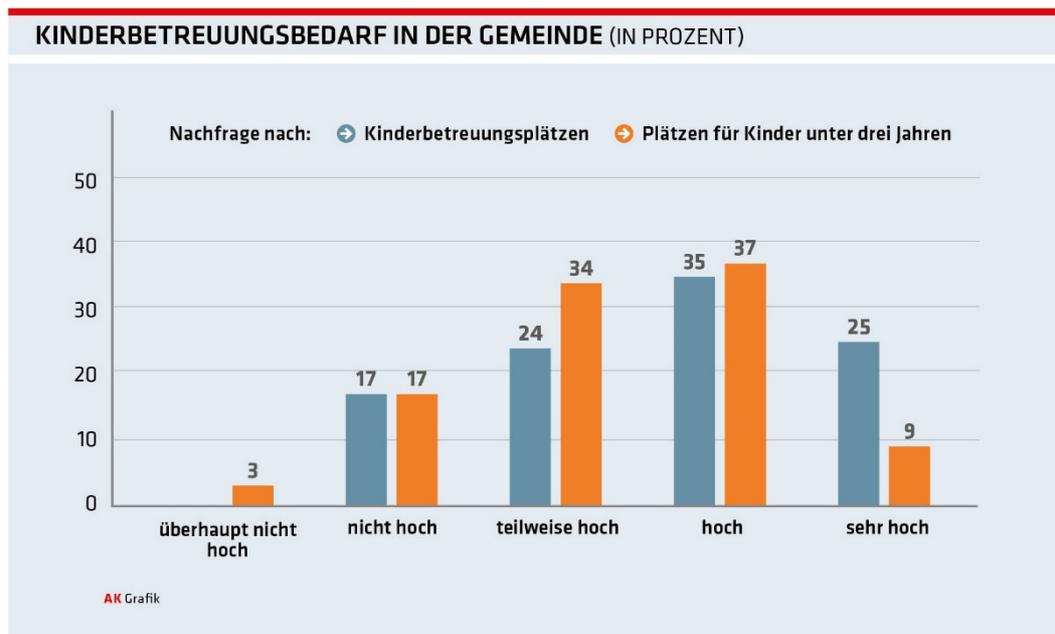
Um die Gemeinden in der Krise zu unterstützen und notwendige Zukunftsinvestitionen auszulösen, wurde vom Nationalrat im Juni 2020 das Kommunale Investitionsgesetz verabschiedet. Sieben von zehn der befragten Bürgermeister/-innen geben an, aufgrund dieser staatlichen Unterstützung Investitionen getätigt zu haben. Für das Finanzjahr 2021 waren in den Gemeinden sogar höhere Investitionen budgetiert als für das Finanzjahr 2020: Der Medianwert der Budgetposten „Auszahlungen investive Gebarung“ lag 2020 bei 966.600 Euro, 2021 bei 1,2 Millionen Euro pro Gemeinde. Das zeigt, dass kommunale Investitionspakete wirksam sind.

Allerdings sind weitere Pakete nötig – das zeigt auch die Einschätzung der Bürgermeister/-innen: Drei Viertel gehen von einem sinkenden bzw. stark sinkenden Spielraum für Investitionen in den kommenden drei Jahren aus. 15 Prozent erwarten sich einen konstanten finanziellen Spielraum, zehn Prozent sind optimistisch, künftig größere finanzielle Möglichkeiten für Investitionen zur Verfügung zu haben.



Hoher Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen

Kinderbetreuung wird in Österreich zumeist von den Gemeinden wahrgenommen. Wie die Studienergebnisse zeigen, befinden sich die Bürgermeister/-innen im Zwierspalt: Einerseits nehmen sie ein starkes Bedürfnis der Bevölkerung nach (hochqualitativen) Kinderbetreuungsplätzen wahr, andererseits erleben sie die finanziellen Ressourcen zur Befriedigung dieses Bedürfnisses als nicht ausreichend.



Nur 17 Prozent der Bürgermeister/-innen orten keinen hohen Bedarf nach Kinderbetreuungsplätzen in ihrer Kommune. Sechs von zehn hingegen sehen eine hohe oder sehr hohe Nachfrage. Je größer und je stärker wachsend eine Gemeinde ist, desto höher ist der Bedarf an Betreuungsplätzen – am stärksten ist er in Zuzugsgemeinden.

Allerdings verfügen nur 22 Prozent der befragten Bürgermeister/-innen über ausreichende finanzielle Ressourcen zur Gestaltung des Kinderbetreuungsangebotes. Dass sie sich – trotz fehlender finanzieller Mittel – darum bemühen, die Bedarfe und Bedürfnisse der Eltern zu befriedigen, wird auch dadurch deutlich, dass zwei Drittel der befragten Bürgermeister/-innen mit Nachbargemeinden kooperieren, um ein Angebot für frühkindliche Betreuung zu ermöglichen.

Als weitere finanzielle Herausforderung der Gemeinden kommt ein beträchtlicher Investitionsbedarf in Kindergärten und Krabbelstuben hinzu. Knapp die Hälfte der

Befragten ortet einen Bedarf von mehr als 500.000 Euro für Investitionen in die Gebäude. In fast drei Viertel der Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern/-innen sprechen die jeweiligen Bürgermeister/-innen sogar von einem Investitionsbedarf von mehr als einer Million Euro.

Leerstände für alternative Formen der Altenbetreuung nutzen

Ein weiteres Thema, dem die Bürgermeister/-innen hohe Bedeutung zumessen, sind alternative Wohnformen für Senioren/-innen, wie etwa Betreutes oder Betreubares Wohnen. Fast zwei Drittel der Befragten erachten eine stärkere finanzielle Förderung dieser Wohnformen als dringend bzw. sehr dringend. Den Bürgermeistern/-innen kommt die Aufgabe zu, solche Projekte anzustoßen bzw. zwischen den beteiligten Akteuren zu vermitteln.

Ein Ansatzpunkt wäre, dafür Leerstände in den Gemeinden zu nutzen. Das bringt einer der interviewten Bürgermeister zum Ausdruck. Damit würden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Denn für mehr als die Hälfte der Bürgermeister/-innen ist der Kampf gegen Leerstände von hoher Priorität bzw. die Sanierung und Wiederbelebung des Ortskernes (sehr) notwendig. Investitionen in Altbauten haben darüber hinaus auch einen ökologischen Nutzen: Sie können gegen eine weitere Zersiedlung wirken und den Bodenverbrauch von bislang unbebauten grünen Flächen eindämmen.

Klimagerechte Sanierung von Gemeindegebäuden

Eine Studie der TU Wien verweist darauf, dass sich mehr als 60 Prozent der öffentlichen Gebäude im Eigentum der Gemeinden befinden. Das eröffnet den Gemeinden die Möglichkeit, Maßnahmen zum Klimaschutz zu ergreifen. Knapp ein Viertel der vom ISW befragten Bürgermeister/-innen sieht ein hohes bzw. sehr hohes Potenzial für die thermische Sanierung gemeindeeigener Gebäude. Weitere 44 Prozent orten teilweise hohes Potenzial, nur ein Drittel erkennt darin kein hohes Potenzial.

Den Investitionsbedarf für eine thermische Sanierung aller gemeindeeigenen Gebäude schätzen 57 Prozent der Befragten auf mehr als 200.000 Euro, knapp 30 Prozent auf mehr als 400.000 Euro. Je größer die Gemeinde, desto höher der Sanierungsbedarf: Zwei Drittel der Bürgermeister/-innen von Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern/-innen schätzen den Investitionsbedarf auf mehr als 400.000 Euro.

Der Zustand der physischen kommunalen Infrastruktur wird von den Bürgermeister/-innen relativ gut bewertet. Den vergleichsweise höchsten Sanierungs- und Neuerichtungsbedarf sehen die Befragten beim Geh- und Radwegenetz sowie beim Straßennetz, beim Gemeindeamt und bei den sonstigen Gemeindegebäuden, wie etwa den Volksschulen.

84 Prozent der Bürgermeister/-innen sehen eine sehr hohe oder hohe Notwendigkeit eines forcierten Breitbandausbaus in ihrer Gemeinde. Corona-bedingtes Home-Office und Home-Schooling haben die Mängel an leistungsfähigen Internetverbindungen – insbesondere in den ländlichen Regionen Oberösterreichs – schonungslos aufgedeckt.

Kommunen brauchen mehr Personal – und mehr Mitsprache

Knapp sind in vielen Gemeinden nicht nur die finanziellen, sondern auch die personellen Ressourcen, insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung – hier ortet die Hälfte der Bürgermeister/-innen einen hohen bzw. sehr hohen Personalbedarf, weitere 29 Prozent sprechen von einem teilweise hohen Personalbedarf.

Mehr als die Hälfte der Bürgermeister/-innen halten die Mitgestaltungsmöglichkeiten beim Dienstpostenplan, der vom Land OÖ erstellt wird, für überhaupt nicht bzw. nicht ausreichend, weitere 35 Prozent für teilweise ausreichend.

Positive Erfahrungen mit der „Aktion 20.000“

Die Corona-Krise hat die Situation auf dem Arbeitsmarkt und insbesondere das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit verschärft. Gerade jetzt wären öffentliche Beschäftigungsinitiativen wie die „Aktion 20.000“ wichtiger denn je. An dieser erfolgreichen Initiative, die von der türkis-blauen Bundesregierung abgeschafft wurde, hatten sich viele oberösterreichische Gemeinden beteiligt. Knapp ein Drittel der befragten Bürgermeister/-innen gab an, Langzeitarbeitslosen im Rahmen der „Aktion 20.000“ eine Chance auf Beschäftigung geboten zu haben. 56 Prozent der Gemeinden würden sich im Falle einer möglichen Neuauflage einer solchen Initiative „jedenfalls“ oder „eher schon“ wieder beteiligen wollen. Von jenen Gemeinden, die sich bereits 2017 an der „Aktion 20.000“ beteiligt hatten, würden dies 81 Prozent wieder tun. Das legt die Vermutung nahe, dass sie gute Erfahrungen mit dieser wichtigen arbeitsmarktpolitischen Maßnahme gemacht haben.

LAbg. Johann Hingsamer: Gemeinden brauchen Entlastungen bei der Finanzierung des Gesundheitssystems, der Kinderbetreuung und der Pflege

Ist sie jetzt da, die herbeigesehnte Normalität? Eigentlich nur zum Teil. Covid-19 wird uns erhalten bleiben. Wir werden mit dem Virus leben müssen.

Corona hat nicht nur einen tiefen Riss in der Gesellschaft gebracht, es hat der Wirtschaft und den Staatsfinanzen gewaltige Einbrüche beschert. Anders als bei der Wirtschaftskrise 2009, wo der Einbruch zum überwiegenden Teil in der Industrie zu verzeichnen war, waren es durch Corona die Dienstleistungsbereiche, welche der Wirtschaft die großen Einbrüche gebracht haben.

Das Gesundheitssystem hat die gewaltige Herausforderung bestanden und uns aufgezeigt, wie gut unser System im Vergleich zu vielen anderen Staaten gerade in der Krise funktioniert. Ein besonderer Dank gilt dabei allen, die im Bereich der Pflege und in den Spitälern Gewaltiges geleistet haben.

Gemeinden brauchen zur Spitalsfinanzierung dringend zusätzliche Unterstützung. Höhere Aufwendungen und geringere Einnahmen reißen ein tiefes Loch in die Spitalsfinanzierung. Während sich die Krankenversicherungen im System gedeckelt haben, der Bund durch geringere Einnahmen aus dem Steuertopf weniger über den Finanzausgleich zu den Spitälern beiträgt, bleiben Länder und Gemeinden auf den höheren Kosten sitzen. Wir fordern deshalb, dass der Bund mit 1 Mrd. Euro hilft.

Länder und Gemeinden haben die verordneten Maßnahmen gut umgesetzt und auch da viel geleistet. Und Oberösterreichs Gemeinden haben sich selbst gut durch die Krise manövriert. Die zwei bekannten Hilfspakete des Bundes und des Landes Oberösterreich haben geholfen, die finanziellen Einbrüche zu reduzieren. Die Ertragsanteile für Städte und Gemeinden erreichen heuer gerade einmal das Niveau des Jahres 2019, obwohl die Aufwendungen seither deutlich gestiegen sind. Die Kommunalsteuereinnahmen wirken sich sehr unterschiedlich auf die Gemeinden aus. Eines bleibt da den Gemeinden gewiss, das ist die Sorge um den steigenden Finanzbedarf in der Pflege, der Spitalsfinanzierung und der Kinderbetreuung.

Der zum Teil durch eine Überförderung verursachte Bauboom bringt weitere Sorgenfalten. Ausschreibungen für die unterschiedlichen Bauaufträge bringen derzeit nicht

nur für die Gemeinden nahezu unlösbare Probleme. Die Angebote sind derzeit um mehr als 25 Prozent höher als die genehmigten Finanzierungspläne für die Projekte. Was tun? Warten bis auch da Normalität einkehrt und die Preise für Baustoffe wie Holz, Stahl, Dämmstoffe, etc. wieder als „normal“ zu bezeichnen sind? Eine schwierige Frage nicht nur für Hausbauer und Gemeinden. Die notwendige Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen und die Modernisierung der Schulstandorte ermöglichen ein Zuwarten nicht. Wer trägt die Mehrkosten?

Der Weg zurück in die Normalität nach Corona bringt uns zurück zu bekannten, dringend zu lösenden Handlungsfeldern. Die Klimawende wird uns alle fordern und wird eine offene und ehrliche Diskussion brauchen. Oberösterreichs Gemeinden werden sich auch diesen neuen Herausforderungen keinesfalls verschließen. Die Chancen für den ländlichen Raum waren dabei selten so gut wie jetzt.

Bürgermeister MMag. Klaus Luger: Gemeinde-Hilfspakete müssen verlängert und aufgestockt werden, um Städte und Gemeinden aus der Krise zu bringen

Die Corona-Krise hat Gemeinden und insbesondere Städte ganz besonders hart getroffen. War in vielen Orten die finanzielle Situation schon vor Corona nicht besonders rosig, so hat sie sich durch den Ausfall von Steuern und Einnahmen im vergangenen Jahr noch einmal verschärft.

Das zeigt auch die Befragung des ISW, in der fast 90 Prozent der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister davon sprechen, dass sich die Krise auf die Gemeindefinanzen negativ auswirkt. Drei Viertel glauben, dass sie in den nächsten Jahren weniger finanziellen Spielraum haben – und das, obwohl es genug zu tun gibt: Wir haben eine enorme Nachfrage nach zusätzlichen Kinderbetreuungsplätzen, vor allem für Kinder unter drei Jahren. Alleine in der Stadt Linz reden wir hier von einem Bedarf in Höhe von rund 2 Millionen Euro. Wir brauchen mehr und alternative Wohn- und Betreuungsangebote für die ältere Generation. Wir haben hohen Bedarf an Investitionen in die thermische Sanierung. Und wir brauchen mittelfristig mehr Personal, um die neu geschaffenen Angebote mit Leben zu befüllen. Die Ergebnisse der Bürgermeisterbefragung bestätigen klar die Haltung des Städtebundes, dass die Städte und Gemeinden mehr finanziellen Spielraum brauchen, um ihre Aufgaben im Sinne der Bevölkerung erfüllen zu können.

Die Gemeinde-Hilfspakete des Bundes waren sicher eine Unterstützung, die viele Städte und Gemeinden für Investitionen genützt haben, die sie sonst nicht angestoßen hätten. Das zeigt auch die ISW-Befragung, in der 70 Prozent der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister angeben, dass sie in Projekte investiert haben, die ohne die Hilfspakete nicht zustande gekommen wären. Das zeigt, dass die kommunalen Investitionspakete hohe Wirksamkeit haben. Aber wir wissen aus dem Gemeindefinanzbericht, den das KDZ (Zentrum für Verwaltungsforschung) im Auftrag des Städtebundes erstellt hat, dass die bisherigen Hilfspakete nicht reichen werden, um die Städte und Gemeinden aus der Krise zu bringen und dass weitere Unterstützungen notwendig sind.

Zudem hat das zweite Paket vom Jänner 2021 den groben Nachteil, dass es zu zwei Dritteln auf Vorschüssen auf künftige Ertragsanteile basiert, also als Darlehen des Bundes an die Gemeinden fungiert. Der Betrag muss in den Folgejahren wieder zurückgezahlt werden. Mittelfristig wird dadurch ein hartes Konsolidierungsprogramm für die Gemeinden erforderlich sein. Das wäre angesichts der aktuellen Situation die nächste schwere Belastung für die Städte und Gemeinden – und vor allem für die Bürgerinnen und Bürger, die auf die Leistungen der Kommunen angewiesen sind. Der Städtebund fordert daher, die Empfehlung des KDZ umzusetzen und das kommunale Investitionsprogramm zu verlängern und aufzustocken.

Schlussfolgerungen und Forderungen der Arbeiterkammer

Die ISW-Bürgermeisterbefragung zeigt die Notwendigkeiten für Investitionen in den Städten und Gemeinden deutlich auf – bringt aber auch klar zum Ausdruck, dass es dafür viel mehr an finanziellen Mitteln braucht.

Das Kommunale Investitionsgesetz 2020 war ein guter und wichtiger erster Schritt in die richtige Richtung. Die Gemeinden haben das Geld für Zukunftsinvestitionen genutzt, die sie ansonsten nicht getätigt hätten. Aber für weitere dringend nötige Maßnahmen fehlt ihnen – auch aufgrund der massiven Einnahmehausfälle durch die Corona-Krise – schlichtweg das Geld.

Angesichts der hohen Investitionsbedarfe, insbesondere in den Bereichen der Kinderbetreuung, der Altenbetreuung, der Ortskernsanierung und des Klimaschutzes, braucht es ein weiteres kommunales Investitionsprogramm. Damit können weitere Investitionen in eine moderne, soziale und klimagerechte Infrastruktur getätigt werden. Diese haben auch positive Effekte auf die Beschäftigung in den Gemeinden.

- Im Vordergrund einer Klimaoffensive in den Gemeinden soll die Sanierung und Neugestaltung des Geh- und Radwegenetzes sowie die thermische Sanierung gemeindeeigener Gebäude stehen.
- Das 5-Punkte-Paket des Landes OÖ ist ein Schritt in die richtige Richtung. Damit wurde die AK-Forderung nach einer kommunalen Beschäftigungs-offensive als Teil des Pakets umgesetzt. Dass jetzt mit dem JOB-RESTART-Programm bis zu 1.000 langzeitarbeitslose Oberösterreicher/-innen in den Gemeinden ausgebildet und beschäftigt werden, ist zu begrüßen. Das Land OÖ sollte aber ambitionierter handeln und in den nächsten zwei Jahren rund 4.000 Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt integrieren.
- Der Bund soll im Sinne einer Jobgarantie allen älteren Langzeitarbeitslosen (45+) eine Beschäftigung im öffentlichen oder gemeinnützigen Sektor anbieten.
- Der Ausbau der Kinderbetreuungsangebote erhöht den Bedarf an qualifiziertem Personal in diesem Bereich. Neben der Erstausbildung braucht es attraktive und praxistaugliche Modelle im Bereich der Erwachsenenbildung, um den gestiegenen Personalbedarf abdecken zu können. Daher sollen Ausbildungen für Elementarpädagogik in die Liste der förderbaren Qualifizierungen beim Fachkräftestipendium aufgenommen werden, um den Umstieg in diesen Zukunftsbereich zu erleichtern.
- Um die Personalbedarfe in den Gemeinden decken zu können, brauchen die Gemeinden mehr Mitspracherecht bei der Erstellung des Dienstpostenplanes durch das Land Oberösterreich.